

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 16. November 2021

Dossier 8050, Radio SRF, «Tagesgespräch» mit Claudia Kemfert vom 7. Oktober 2021 («Warum gehen die Energiepreise durch die Decke?»)

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 7. Oktober 2021 beanstanden Sie das «Tagesgespräch» vom 7. Oktober wie folgt:

«Ich beanstande die Sendung "Tagesgespräch" mit Claudia Kemfert, Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit am deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Sie behauptete, es werde aktuell in Deutschland (bzw. in Europa) sehr viel Gas verbraucht, und konstruierte einen Zusammenhang mit der Windenergie, deren Ausbau massiv abgenommen habe und der aber dringend nötig wäre. Sie stellte die Sachlage so dar, dass ein neutraler Zuschauer ohne grosses Vorwissen (wir haben in der Schweiz weder Gaskraftwerke und nur fünf kleine Windparks in den Bergen) meint, dass es mehr Windkraft und "Erneuerbare" brauche, um die Gaskraftwerke zu ersetzen resp. um weniger Gas für die Stromproduktion zu verbrennen. Diese Darstellung blieb vonseiten der Redaktion kommentarlos stehengelassen.

Diese Darstellung entbehrt jeder Grundlage. Gaskraftwerke sind in Deutschland dafür gebaut worden, um dann Strom zu produzieren, wenn es keinen Wind hat und die Produktion der Windkraft entsprechend gering ausfällt. Der von Frau Kemfert geforderte Ausbau der Windenergie in Deutschland hätte nicht zur Folge, dass weniger Gaskraftwerke nötig wären oder weniger Gas verbrannt würde, denn die Gaskraftwerke produzieren ja nur, wenn der Wind nicht weht. Wenn man 1 Million Windkraftanlagen aufstellen würde und es gäbe keinen Wind, braucht es genau gleich viele Gaskraftwerke, um den Stromverbrauch zu decken. Der Wind weht in Deutschland nunmal verhältnismässig gleichmässig und ist abhängig von europäischen Grosswetterlagen.

Die Sachlage wäre richtig, dass man weniger Gaskraftwerke brauchen bzw. weniger Gas verbrennen müsste, wenn der Stromverbrauch gesenkt würde oder wenn man Windkraft

speichern könnte. Deutschland verfügt aber über praktisch keine nennenswerten Speichermöglichkeiten (wie Pumpspeicher, Batterien o. ä.).

Weitere Informationen finden Sie unter <https://app.electricitymap.org/map>. Dort kann man die aktuelle Stromproduktion europaweit sehen. Hat es Wind, braucht es kein Gas. Hat es keinen Wind, wird Gas verbrannt (ausser, die Sonne scheint). In der Nacht ohne Wind braucht es immer Gas, um den Stromverbrauch zu decken. Da kann man noch so viele Windturbinen aufstellen.

Die Redaktion hätte darauf hinweisen müssen, dass Windturbinen nur während umgerechnet 25% der Zeit Strom produzieren und in der Rest der Zeit Gaskraft oder andere Grundlast produzieren müsste (z. B. Atom, Biomasse, Pumpspeicher).

Somit wäre ersichtlich geworden, dass Frau Kemfert, bekannt für Ihr Lobbying im Sinne der Windenergieanlagen-Produzenten Enercon, Siemens und Vestas (die auch finanziell mitverantwortlich sind für gewisse Forschungstätigkeiten von Frau Kemfert), nur im Sinne wirtschaftlicher Interessen von deutschen Firmen argumentiert hat. Das ist verdeckte Werbung!

Es wurde auch nicht gesagt, dass Gaskraftwerke die Atomkraftwerke ersetzt haben, die man abgeschaltet hat und abschalten wird.

Frau Kemfert konnte ungehindert Propaganda verbreiten und Werbung machen für Windenergie, und die Redaktion hätte ihre Aussagen präzise einordnen und / oder Gegenfragen stellen sollen, um auf die Probleme von fluktuierenden erneuerbaren Energien und der Deutschen Stromversorgung hinzuweisen (praktisch 100% Abhängigkeit von Kohle und Gas, in der Nacht scheint keine Sonne und oft hat es keinen Wind). Deutschland hat ein massives Problem. Ohne Speichermöglichkeiten wird es das Land niemals schaffen, sich mit Wind und Sonne klimaneutral zu versorgen. Es braucht in der Nacht und bei wenig Wind Gas, ausser man würde endlich einmal beginnen, Strom zu sparen».

Die **Redaktion** hat folgende Stellungnahme verfasst:

Das Gespräch ist fast 25 Minuten lang und geht der Kernfrage nach, warum derzeit die Preise der fossilen Energieträger derartig steigen. Immer auf diese Kernfrage ausgerichtet, spricht die Moderatorin diverse Themenbereiche an. «Welche Rolle spielt der derzeitige Wirtschaftsaufschwung?», «Welche Rolle spielt die Klimapolitik, zum Beispiel bei den Co2-Zertifikaten?», «Wirken geostrategische Interessen preistreibend?», «Welchen Impakt hat die Förderung der neuen Erneuerbaren?», «Was können gesamteuropäische Lösungen bringen?» usw. Von diesen fast 25 Minuten nimmt die Antwort, in der tatsächlich die (fehlende) Windenergie angesprochen wird, 1 Minute 52 in Anspruch. Die Expertin "konstruiert" an dieser Stelle auch keinen Zusammenhang zwischen Gas- und Windenergie, wie der Beanstander behauptet, sondern sie erläutert ihn.

In ihrer Kernaussage sagt sie auch nicht, Gas sei durch Wind zu ersetzen, sondern sie sagt, die Unabhängigkeit von fossiler Energie *insgesamt* müsse das Ziel sei und sie spricht

wiederholt von *diversen* Massnahmen, wie das gelingen kann. Der Ausbau der Windenergie-Gewinnung ist dabei nur eine davon. Die Expertin liegt damit genau auf der energiestrategischen Linie von Ländern wie der Schweiz oder Deutschland, wo die Energiewende demokratisch legitimiert beschlossen und die Klimaziele formuliert sind.

Im Verlauf des Gesprächs spricht sie praktisch alle Elemente an, die der Beanstander teilweise als fehlend kritisiert: Die kurzfristige Erhöhung der russischen Gaslieferung beurteilt sie als «gut», langfristig spricht sie von benötigten strategischen «Gasreserven/-Speicher», es ist die Rede von Effizienz-Steigerung, Gebäudesanierungen und so weiter und letztlich - genau, wie der Beanstander in seinem letzten Satz auch - davon, dass wir alle unseren Energieverbrauch reduzieren müssen.

Fazit:

Der Beanstander hat inhaltlich ein einzelnes Thema fokussiert, das im Gesamtgespräch aber nur einen kleinen Teil ausmacht.

Insgesamt ist das Gespräch aber in der Fragestellung kritisch/neugierig, in den Antworten differenziert und plausibilisierend. Die Expertin macht deutlich, wie und warum sie zu ihren Schlüssen kommt.

Am Schluss dieses breitgefassten Gesprächs von «ungehinderter Propaganda» und «Werbung für Windenergie» zu reden, entbehrt nach unserer Auffassung jeder Grundlage.

Die Ombudsstelle hält abschliessend fest:

Hört man sich das beanstandete «Tagesgespräch» an und liest die Beanstandung, hat man den Eindruck, es handle sich um zwei verschiedene Sendungen. Der Beanstander nennt Kritikpunkte, die im «Tagesgespräch» gar nicht vorkamen: In keinem Moment beispielsweise insinuiert Frau Kempfert, dass ein Zusammenhang zwischen Gasverbrauch und dem massiv abgenommenen, aber dringend nötigen Windenergieausbau besteht. Die Windenergie wird in der beanstandeten Sendung gar nicht erwähnt. Nur indirekt, wenn der Gast über die erneuerbaren Energien spricht und die Notwendigkeit, diese zu fördern. Warum Frau Kempfert ungehindert Propaganda und Werbung macht für die Windenergie, erschliesst sich uns also in keiner Art und Weise. Nochmals: Neben den geopolitischen Darstellungen plädierte Frau Kempfert für mehr Investitionen in erneuerbare Energien und vor allem für eine stärkere Diskussion rund um die erneuerbaren Energien, fürs generelle Energiesparen und dafür, dass man sich unabhängiger macht von den fossilen Energieträgern.

Der Beanstander beschreibt auf seiner eigenen Website eigentlich die genau gleichen Ziele, wie sie auch die Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit am deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin im «Tagesgespräch» fordert: Einhaltung der Klimaziele, die konsequente Förderung erneuerbarer Energien und den damit verbundenen geordneten

Ausstieg aus der Atomenergie, den technologischen Fortschritt und den sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Einen Verstoß gegen die Sachgerechtigkeit gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes können wir wahrlich nicht erkennen.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ombudsstelle SRG.D